

# An der Schwelle zum Weltkrieg – Kriegspolitik stoppen

Joachim Guilliard, Redebeitrag auf der Kundgebung „Für Heizung, Brot und Frieden! – Gegen Krieg, Blockaden und Hochrüstung“ am 19.11.2022

Wir stehen hier um gegen die gefährliche und verantwortungslose Politik der Bundesregierung zu protestieren. Es ist eine Politik, die maßgeblich dazu beiträgt, dass Lebenskosten massiv steigen, die Energiepreise geradezu explodieren. Es ist eine Politik, die durch gigantische Hochrüstung – gemeinsam mit den NATO-Partnern – Spannungen anheizt und Unsummen verschleudert. Es ist vor allem aber auch eine Politik, die in einen großen Krieg in Europa zu münden droht – einem Krieg, bei dem sich Atomkräfte gegenüberstehen.

Wie nahe wir schon an der Schwelle zu einem Weltkrieg stehen, zeigte der Raketeneinschlag vom Dienstag im polnischen Przewodów, also auf NATO-Gebiet. Kaum waren die ersten, noch völlig unscharfen Informationen durchgesickert, kannten führende Politiker und Medien in Deutschland und der EU kein Halten mehr und offenbarten einen erschreckenden Willen zur Eskalation – in voller Kenntnis der Konsequenzen, die ein russischer Angriff auf ein NATO-Mitglied hätte. So titelte zum Beispiel das ZDF sofort, obwohl noch keinerlei offiziellen Infos aus Polen vorlagen, „Russische Raketen treffen polnisches Gebiet“ und förderte damit Spekulationen über die Auslösung des NATO-Bündnisfalls. Zahlreiche Politiker der Ampel-Koalition griffen die Meldung unhinterfragt, voller erschauernder Begeisterung auf.

Glücklicherweise herrscht an den Spitzen der NATO-Staaten noch ein ausreichendes Maß an Vernunft und es wurde rasch Entwarnung gegeben. Offenbar war eine ukrainische Luftabwehr-Rakete jenseits der Grenze zu Polen niedergegangen.

Die ukrainische Führung beharrt jedoch wütend weiter darauf, dass die Rakete von russischer Seite abgefeuert worden sei und fordert eine entsprechende Reaktion der NATO. Das beschwört nun freilich die Frage herauf, ob es wirklich nur ein tragischer Fehler war, dass die Rakete in Polen einschlug – oder ob sie nicht gezielt NATO-Territorium treffen sollte, um endlich eine direkte Kriegsbeteiligung der westlichen Kriegsallianz zu provozieren. Warum sollte sich auch eine gegen die von Osten anfliegenden Raketen gerichtete Rakete in die ganz entgegengesetzte Richtung verirren? Es wäre keineswegs die erste, auf Ausweitung des Krieges zielende Kiewer Provokation.

So oder so zeigt der Vorfall, wie schnell es zu einer „Eskalation aus Versehen“ kommen kann: durch eine fehlgeleitete Rakete, durch falsche Bewertungen von Angriffen und ähnliches mehr. Jeder Tag, den dieser Krieg länger dauert, steigt auch die Gefahr, dass tatsächlich die NATO den Bündnisfall ausruft oder ein Fehllarm sogar einen Atomkrieg auslöst. Davor warnten gestern auch die Internat. Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). Sie fordern deshalb energische Anstrengungen darauf zu richten, den Krieg schnellstmöglich durch diplomatische Verhandlungslösungen zu stoppen.

Im Grunde ist allen Beteiligten klar, dass die ukrainische Armee alleine die Atomkraft Russland militärisch nicht mehr zurück hinter die Linien vor dem 24. Februar drängen kann. In den letzten Tagen hat dies auch der Chef des US-amerikanischen Generalstabs Mark Milley – zum Ärger der US-Regierung – klargestellt und dafür plädiert, die im Winter vermutlich abflauenden Kämpfe für Verhandlungen zu nutzen.<sup>1</sup> Er würdigte die Erfolge der ukrainischen Armee, viel mehr als diese kleinen Gebietsgewinne sei für sie aber nicht drin. Nur über Verhandlungen habe Kiew eine Chance, mehr zurückzugewinnen. Deutsche kritische Militärexperten, wie Merkels Ex-Berater und Bundeswehrgeneral a.D. Erich Vad oder der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des Nato-Militärausschusses Harald Kujat, sehen das genauso und stehen deswegen genauso stark unter Beschuss, wie andere prominente Stimmen, die sich gegen Waffenlieferung und für Diplomatie statt einsetzen. Kujat wurde z.B. nicht mehr als Sachverständiger in der Enquete

---

<sup>1</sup> [U.S. scrambles to reassure Ukraine after Milley comments on negotiations](#), Politico 14.11.2022, [Nach Aussagen des US-Topgenerals – Washington versucht Kiew zu beschwichtigen](#), Tagesspiegel, 15.11.2022

Kommission des Bundestages zum Afghanistankrieg akzeptiert, er stünde am Rande des Wahnsinns, so ein führender CSU-Abgeordneter.

Dass auf Kritik am Regierungskurs meist mit persönlicher Diffamierung reagiert wird, ist Ausdruck der argumentativen Schwäche derer, die am unnachgiebig harten Kurs gegen Russland festhalten wollen. Schließlich ist es sachlich schwer zu begründen, warum ein russischer Völkerrechtsbruch so viel schwerer wiegen soll, wie die Völkerrechtsbrüche, die von den USA und der NATO mit ihren Angriffskriegen begangen wurden, z.T. mit deutscher Beteiligung; warum man nicht auf durchaus verständliche Forderungen Moskaus, wie die nach Wiederherstellung der ukrainischen Neutralität, eingehen will und warum stattdessen Kiew mit Waffenlieferung dazu angefeuert wird, keinen Verhandlungslösungen anzustreben

Da hilft nur, die moralische Karte auszuspielen, das Feindbild zu schärfen, Emotionen hochzupuschen und den Stellvertreterkrieg des Westens gegen Russland zum Kampf des Guten gegen das Böse schlechthin zu stilisieren. Zwischentöne darf es dabei nichts geben, jeder Zweifel muss als defätistisch und unmoralisch zur Seite geschoben werden.

Dabei ist auch den Regierenden in den USA und anderen NATO-Staaten sicherlich klar, dass am Ende Verhandlungen stehen werden. Warum also nicht gleich?

Die Antwort ist, dass die tonangebenden Falken in den USA und den europäischen Hauptstädten – bei uns vor allem die Grünen – in einem längeren Krieg die Gelegenheit sehen, Russland entscheidend zu schwächen und in Verbindung mit einem beispiellosen Wirtschaftskrieg gar zu „ruinieren“ – wie die dt. Außenministerin das Ziel offen umriss – 77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Daher steigen die NATO-Staaten immer stärker in den Krieg ein, mit immer schwereren und effektiveren Waffen, mit Militärberatern, Ausbildern, Feindaufklärung, Geheimdienstinfos und Söldnern. Wenn sich die Menschen in Russland die Videos der ukrainischen Offensiven ansehen, die vorrückenden und feuernden NATO-Panzern und Haubitzen, Offiziere und Ex-Militärs der USA und anderer NATO-Ländern, so wird dort niemand mehr noch daran zweifeln, dass es längst auch ein Krieg der NATO gegen ihr Land ist.

In den westlichen Hauptstädten feiert man die Rückeroberungen einiger Gebiete durch ukrainische Truppen als Erfolge ihrer massiven Unterstützung, ignoriert jedoch die hohen Verluste, die sie dabei erlitten und die Zerstörungen, die damit einhergingen. Die meisten Städte haben nicht das Glück von Cherson, die die russische Armee Anfang November wieder räumte. Da die Stadt im Februar keinen Widerstand gegen die einrückenden russischen Truppen leistete, blieb sie damals heil. Erst im Zuge der Offensive der ukrainischen Armee geriet sie unter deren Beschuss. Durch den russischen Rückzug blieben der Stadt aber bisher größere Zerstörungen erspart. Sie liegt nun jedoch direkt an der Front.

In den westl. Medien ist zwar davon nichts zu sehen, aber auch die von der ukrainischen Armee eingesetzten NATO-Waffen treffen zivile Ziele – im Donbass schon seit 8 Jahren, seit Monaten auch in anderen Gebieten. Die frischen Zerstörungen, die man auf den Bildern rückeroberter Städte sieht, wurden mit großer Wahrscheinlichkeit von westlichen Waffen verursacht, und die Raketen, die beim AKW Saporischja einschlugen, wurden ihnen vermutlich unlängst aus NATO-Beständen geliefert.

Militärexperten wie [Johannes Varwick, warnen](#) angesichts der Erfolge der ukrainischen Truppen vor den Sieges-Illusionen, die sich nun in Kiew und westl. Hauptstädten breit machen. Schließlich habe Russland bisher nur beschränkte Kontingente seiner Streitkräfte eingesetzt und könne den Krieg noch erheblich verschärfen. Moskau verfüge noch, so der Fachausdruck, über die volle „Eskalationsdominanz“.

Tatsächlich war die russische Kriegsführung anfänglich von der Brutalität des „Shock & Awe“ der USA und ihren Verbündeten in ihren Feldzügen noch ein gutes Stück entfernt. Im Irak wurde vom ersten Tag an auch die zivile Infrastruktur flächendeckend zerstört und Zigtausende Menschen dabei getötet. Doch angesichts der militärischen Erfolge des Gegners, ermöglicht durch die massive NATO-Unterstützung sowie dem Angriff auf die Krimbrücke begann auch die russische Armee

verstärkt die zivile Infrastruktur anzugreifen, sowie natürlich alles, worüber Waffen ins Land geschafft werden kann. Heute morgen wurde erneut gemeldet, dass in weiten Teilen der Ukraine wieder für längere Zeit die Lichter ausgegangen sind. Man kann das verurteilen, es folgt aber der militärischen Logik eines solchen Krieges. Viele Experten haben genau davor gewarnt. Immer mehr Waffen an die Ukraine führen nur zu einem immer längeren und auch immer brutaleren Krieg. Unsere Regierung und unsere Leitmedien reden von Solidarität mit der Ukraine, befeuern jedoch gerade diese Entwicklung immer weiter, ohne Rücksicht auf die Menschen dort. Sie sind bereit, diesen Krieg auch jahrelang gegen den Rivalen Russland führen zu lassen – von Ukrainern und Ukrainerinnen und auf ukrainischem Boden.

Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung kann aber nur heißen, diesen Wahnsinn so schnell wie möglich zu stoppen.

Wir fordern von Bundesregierung und der EU:

- Keine Waffen an die Ukraine – Kriegslogik beenden – Verhandeln statt schießen
- Stopp der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzblockaden
- Keinen Euro für Krieg und Zerstörung
- Kooperation in Europa und weltweit, hin zu einer Politik der Entspannung, Abrüstung und gemeinsamen Sicherheit in Europa und weltweit, wie sie mit der Charta von Paris und folgenden Abkommen angestrebt worden war.

Abschließend noch eine Bemerkung zur OB-Wahl. Die Partei, die am heftigsten an der Konfrontationsschraube mit Russland und auch China dreht, stets fest an der Seite der Falken in Washington sind die Grünen. So tönt Annalena Baerbock, mit ihr als Ministerin würde Deutschland die Ukraine auch noch jahrelang im Krieg unterstützen, sie würde dafür eintreten, egal was die Mehrheit im eigenen Land davon halte. Bei der weltweiten Durchsetzung ihrer „westlichen Werte“, ihrer „regelbasierten Ordnung“, d.h. eine auf westlichen Interessen ausgerichtete Ordnung, scheuen sie keine Kosten und Risiken. Nachdem sie ihre pazifistischen Positionen schon mit dem Jugoslawienkrieg in die Tonne traten, opfern sie im Wirtschaftskrieg gegen Russland auch ihre ökologischen Ziele. Ich denke Sahra Wagenknecht liegt noch so falsch, wenn sie auf Twitter sagt: „für mich sind die Grünen die heuchlerischste, abgehobenste, verlogenste, inkompetenteste und gemessen an dem Schaden, den sie verursachen, derzeit auch die gefährlichste Partei, die wir aktuell im Bundestag haben.“ ([Von wegen cool und öko - wie die Grünen Wirtschaft und Natur zerstören](#)) Das sollte man berücksichtigen, wenn man beim nächsten Wahlgang sein Kreuz macht.